

Jan C. Zoellick

# POSTWACHSTUM

## Unser Leben nach dem Wachstumswahn



Schutzgebühr: 2,50 Euro

**ISW** \_\_\_\_\_ **REPORT NR.110**  
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

## Inhalt

---

Editorial .....	2
<b>I. Postwachstum. Eine Einführung</b>	
1. Einleitung .....	3
2. Die Krise des Wachstums .....	3
3. Die Postwachstumsgesellschaft .....	4
4. Klärung .....	6
<b>II. Arbeit im Postwachstum</b>	
1. Perspektiven auf Arbeit .....	7
2. Green Economy .....	11
3. Erneuerung: Arbeit im Postwachstum .....	12
4. Zwischenbilanz .....	17
<b>III. Postwachstum als Vision für Gewerkschaften</b>	
1. Die Geschichte der Gewerkschaften .....	19
2. Mangelnde Solidarität und die ökologischen Krisen .....	21
3. Erneuerung durch Widerspruch .....	23
4. Visionen .....	25

### III. Postwachstum als Vision für Gewerkschaften

*Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.*

Marx & Engels, 1848

Im *Manifest der Kommunistischen Partei* haben Marx und Engels eine Richtschnur für die kommunistische Revolution formuliert, unter der sie auch die Gewerkschaften versammelten: Als Solidarisierung und Institutionalisierung des Proletariats treten sie ein gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für Gleichberechtigung und Freiheit. "Die Proletarier haben nichts in ihr [der kommunistischen Revolution, J.Z.] zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen" (Marx & Engels, 1848).

Doch wer die Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland betrachtet, wird immer wieder entdecken, dass sie nicht revolutionär auf den Umbruch des kapitalistischen Systems gerichtet waren, sondern oftmals sozialreformerisch im Bestehenden die Besserstellung der Arbeiterschaft erreichen wollten. Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften ist eine Geschichte von Interessenskonflikten und innerer Spaltung (Behrens & Pekarek, 2016). Es folgt eine Analyse dieses Weges und ein Plädoyer zum Perspektivwechsel.

#### 1. Die Geschichte der Gewerkschaften

##### 1.1. Deutschland

Nach dem Zweiten Weltkrieg<sup>1</sup> formten 16 branchenspezifische, parteipolitisch unabhängige Gewerkschaften den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und dem Deutschen Beamtenbund konkurrierend gegenüberstand, was die Spaltung in Hand- und Kopfarbeit und weniger eine Solidarisierung der *Klasse für sich* bedeutete. Das 1949 vom DGB verabschiedete Münchner Programm "erstrebte eine Neuordnung der Besitzverhältnisse auf der Grundlage der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und der Überführung von Monopolunternehmen in Gemeineigentum" (Schönhoven, 2014, S. 72). Doch diese Pläne wurden schnell zu Gunsten der Mitbestimmung in kapitalistisch organisierten Privatunternehmen aufgegeben.

Das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951, ursprünglich als Schritt zu einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie gedacht, blieb ein alleinstehender Erfolg der Mitbestimmung. "Die Gewerkschaften verzichteten nun auf eine visionäre Beschwörung einer besseren Gesellschaft jenseits des Kapitalismus und forderten die Teilhabe der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Wachstum" (Schönhoven, 2014, S. 72). Spätestens mit dem Düsseldorfer Programm von 1963 manifestierte sich die reformerische Ausrichtung der Gewerkschaften nach keynesianischem Vorbild (Perschewski, 2011). Der DGB forderte Preisstabilität, Vollbeschäftigung und Vermögensbildung. "Insgesamt votierten die Gewerkschaften nun für eine Zählung und nicht mehr für eine Zerschlagung des Kapitalismus" (Schönhoven, 2014, S. 73). Auf einen hohen Organisationsgrad von 36 % in den 1950er Jahren folgte ein Rückgang der Mitgliedschaft in den folgenden Jahrzehnten. Während der industrielle Sektor über vergleichsweise hohe Raten verfügte, konnten Gewerkschaften im Dienstleistungssektor nur geringe Organisationsgrade erreichen. Jugendliche und Frauen wurden in Industriegewerkschaften zu Gunsten des alternden, männlichen Stammklientels der Industrie vernachlässigt und nicht systematisch in die Gewerkschaftsarbeit eingebunden (Schönhoven, 2014, S. 71).

Der wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegszeit hatte kurzzeitig den Klassenkampf zu Gunsten von Vollbeschäftigung und allgemeiner, einfach zu erreichender Wohlstandssteigerung in den Hintergrund treten lassen. Zusätzlich bildeten sich zunehmend unterschiedliche Interessen der Arbeiter aus, die nicht mehr unter einem einheitlichen Klassenwillen zusammengefasst werden konnten. Die Teilhabe an den Früchten des Wachstums wurde zum Hauptziel der reformerischen Gewerkschaften, das mit kämpferischem Repertoire gewerkschaftlicher Arbeit verfolgt wurde. Bis 1990 sank die Arbeitszeit auf unter 40 Wochenstunden an fünf Arbeitstagen, während sich die Realeinkommen mehr als verdreifachten (Schönhoven, 2014). Diese Erfolge dokumentierten die Wirksamkeit gewerkschaftlicher Arbeit, auch wenn es sich angesichts des starken Wirtschaftswachstums um vergleichsweise bescheidene Forderungen handelte.

Doch zahlreiche makro-ökonomische Veränderungen verunsicherten die gewerkschaftliche Arbeit. Das Ende der Vollbeschäftigung und der Übergang vom Keynesianismus zum Neoliberalismus, der Ausbau des Dienstleistungssektors zulasten der Industrie, die

1) Für die historische Entwicklung vor dem Zweiten Weltkrieg s. Klaus Schönhoven (Schönhoven, 2014)

deutsche Wiedervereinigung und die Thematisierung ökologischer Aspekte stellten die Gewerkschaften vor bisher unbekannte Herausforderungen. Diese äußerten sich in multiplen Krisen wie Rückgang der Mitgliederzahlen, geringere gewerkschaftliche Einbettung in parlamentarische Prozesse oder zunehmende Dezentralisierung der Arbeitgeberseite, welche die Tarifverhandlungen von Branchen auf Unternehmensebene verschob und damit die übliche Arena der Tarifpolitik veränderte (Schroeder, Kalass, & Greef, 2011). Gewerkschaften der export-orientierten Branchen, z.B. IG Metall oder IG BCE, agierten korporatistisch in Abstimmung mit dem Kapital, während Gewerkschaften der Binnenmarkt-orientierten Pflege- oder Bildungsbranche, z.B. Ver.di, mit Kürzungen an verhärteten Fronten zu kämpfen hatten – Teilhabe an den Früchten des Exports einerseits, Überlebens- und Verteilungskämpfe andererseits. Seit 1991 sanken die Mitgliederzahlen im DGB kontinuierlich, damit drohte gewerkschaftliche Arbeit heutzutage zu einem Randphänomen zu werden. Mit der zunehmenden Verschärfung neoliberaler Politik auch in Deutschland konnte dieser Trend zwar kürzlich aufgehalten werden. Doch hat die individualistische, korporationskritische Ideologie des Neoliberalismus viele neue Spannungsfelder aufgetan.



Klaus Dörre beschreibt etwa einen Funktionswandel von der *intermediären Organisation* der Gewerkschaften, die bürokratisiert und institutionalisiert als Ordnungsmacht im Klassenkampf vermittelt, zu einer *fraktalen Organisation*, die nicht mehr die Lohnabhängigen vertritt, sondern als Folge fehlender Eingliederung des Dienstleistungssektors lediglich spezifische Klientelforderungen aufstellen kann (Dörre, 2011). "Eine solche Gewerkschaft wäre dann nicht mehr intermediäre Organisation mit der Fähigkeit zur Zentralisierung von Lohnabhängigeninteressen, sondern lediglich ein loser organisatorischer Zusammen-

schluss von Einflussgruppen mit schwach ausgeprägten oder zumindest relativ unverbindlichen allgemeinen Zielsetzungen" (Dörre, 2011, S. 289).

Diese Analyse untermalt eine Entsolidarisierung und Differenzierung der abhängig Beschäftigten, die von Gewerkschaften desillusioniert oder nicht angemessen vertreten worden sind. Denn trotz Ausschöpfens des klassischen gewerkschaftlichen Handlungsrepertoires konnte eine Senkung der Lohnquote zugunsten der Gewinnquote, die Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich und der globalisierungsbedingte Verlust zahlreicher Arbeitsplätze und Branchen (s. Nokia in Bochum) nicht verhindert werden (Bontrup, 2014a). Auch die ursprünglich ambitionierten Ziele einer umfassenden Wirtschaftsdemokratisierung sind spätestens seit den 1990er Jahren in weite Ferne gerückt. Eine Erweiterung der Klientel um Frauen, junge Menschen und Dienstleistende ist ebenso wenig gelungen wie die Erweiterung des Themenspektrums, zum Beispiel um Antworten auf die ökologischen Krisen. Offensichtlich bedarf die Ausrichtung der gewerkschaftlichen Arbeit einer Neujustierung, um die gewandelten und sich wandelnden Ansprüche des expansiven Neoliberalismus in Zeiten multipler Krisen angemessen zu beantworten.

Zusammenfassend zeigt sich, dass deutsche Gewerkschaften und ihre Verbände stets von Interessenkonflikten und Lagern durchzogen waren, die sich in ihrer Radikalität und ihren Ansätzen unterschieden (Behrens & Pekarek, 2016). Dennoch lassen sich einige Entwicklungen und Kontinuitäten herausarbeiten. Erstens schwand der Einfluss von übergreifenden Gewerkschaftsverbänden als Repräsentanten allgemeiner Interessen der abhängig Beschäftigten, was sich in multiplen Krisen manifestierte. Zweitens mäßigten sich gewerkschaftliche Forderungen im historischen Verlauf der Nachkriegszeit. Aus klar antikapitalistischen, klassenkämpferischen Positionen wurden nach und nach Forderungen der bloßen Teilhabe am Wohlstandsgewinn. Das änderte sich auch nicht wesentlich angesichts der rasant wachsenden sozialen und ökonomischen Ungleichheit und den uneingelösten Versprechen des "Wohlstands durch Wachstum" der letzten Jahrzehnte.

## 1.2. Gewerkschaften international

Nachdem die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung(en) skizziert wurde, lohnt sich ein kurzer Blick auf gewerkschaftliche Historien und Praktiken anderer fortgeschrittener Kapitalismen.

### 1.2.1. Großbritannien & USA

In seiner historischen Analyse kontrastiert Wolfgang Streeck gewerkschaftliche Entwicklungen in Kontinentaleuropa mit denen in Großbritannien und USA (Streeck, 2014). An die Stelle der Industriegewerkschaften Kontinentaleuropas, die sich vom parteipolitischen Einfluss befreiten, rückten in Großbritannien Berufsgewerkschaften, die Ähnlichkeiten zu den Hand-

werks- oder Ständemodellen aufwies und durch Gründung eigener Parteien wie der späteren Labour Party direkten parlamentarischen Einfluss suchten. Durch die neoliberale Ausrichtung Margaret Thatchers sahen sich britische Gewerkschaften bald im Konflikt mit Kapital und Staat. Das Ergebnis waren starke "Flexibilisierungen" der Arbeit, d.h. schwindende Rechte abhängig Beschäftigter und die Deregulierung breiter Aspekte der Erwerbsarbeit (Streeck, 2014). Diesen neoliberalen Umschwung durchliefen die Politik und Gesellschaft in den USA unter Ronald Reagan wohl noch stärker. Reallöhne sanken jährlich um 1 %, während sich Arbeitszeiten verlängerten (Fulcher, 2007, S. 98). Doch hatten US-amerikanische Gewerkschaften eine noch schlechtere Ausgangsposition als europäische. Durch sogenanntes *labor racketeering* wurden sie von mafiösen Strukturen der Cosa Nostra unterwandert, die Streiks strategisch für ihre Zwecke ausnutzte, nicht zum Wohle eines wie auch immer gearteten Arbeiterwillens (Jacobs, 2007). Daher fehlte den Gewerkschaften gesellschaftliche Legitimation, die sich in politischer Teilhabe, Parteigründung oder hohen Mitgliederzahlen widerspiegeln könnte. Der Höchststand des Nettoorganisationsgrads in den USA lag 1960 bei knapp 31 % und verringerte sich kontinuierlich bis auf unter 11 % im Jahr 2013<sup>2</sup> (Visser, 2016). In seiner Analyse zur Genese unterschiedlicher Kapitalismen attestiert James Fulcher den USA einen großen Individualismus, der die Bildung von übergeordneten Kollektiven wie Industriegewerkschaften unterband (Fulcher, 2007). Statt Klassenbewusstsein prägte die gegründeten Gewerkschaften vor allem eine Konzentration auf den spezifischen Betriebskontext, der von weißen, männlichen Arbeitern geprägt war. Auch wenn in einigen Betrieben vorteilhafte Tarife ausgehandelt wurden, kam es aufgrund eines großen Binnenmarktes zum Aufstieg großer Unternehmen, zur Konzentration von Kapital und damit verbunden zur starken Ungleichverteilung von Wohlstand. 2015 lebten in den USA 43 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, etwa 18 Millionen mehr als in der Prä-Reagan-Ära der 1970er (Fulcher, 2007; Proctor, Semega, & Kollar, 2016).

### 1.2.2. Schweden

Anstatt wie in Großbritannien auf betrieblicher Ebene zu mobilisieren, setzten schwedische Gewerkschaften ihren Schwerpunkt auf industrielle oder nationale Ebenen, um möglichst großflächig die Stellung abhängig Beschäftigter zu verbessern (Streeck, 2014). So kam es im Jahre 1909 zu einem fünfmonatigen Generalstreik, der die Rolle der Gewerkschaften für die folgenden 100 Jahre prägen sollte (Fulcher, 2007). Aus dem Konflikt der starken Arbeiterbewegung und dem zentralisierten Arbeitgeberverband entstand die für Schweden charakteristische "korporatistische Form des gesteuerten Kapitalismus, dessen Verwal-

lung zu wesentlichen Teilen an die Zentralorganisationen delegiert wurde", die den "Arbeitsfrieden" wahrte (Fulcher, 2007, S. 84f). Die gewerkschaftliche Durchdringung der Gesellschaft ermöglichte auch eine über 40-jährige Regierungsführung der Sozialdemokraten bis 1976, die in Deutschland, USA oder Großbritannien undenkbar gewesen wäre. Auch wenn das heutige Schweden nach mehreren ökonomischen Krisen in den 1980er und 1990er Jahren nicht mehr dieselben Charakteristika aufweist wie in früheren Zeiten (Fulcher, 2007), wird doch aufgrund der historisch starken Gewerkschaftsbewegung das schwedische Modell in der Ungleichheits- oder Glücksforschung neben anderen ähnlich organisierten skandinavischen Staaten als Paradebeispiel herangezogen (Wilkinson & Pickett, 2010). Allein diese Befunde könnten für den Wert einer erstarkenden Gewerkschaftsbewegung sprechen.

### Zusammenfassung

Gewerkschaftliche Arbeit ist historisch gesehen ein wirkungsvolles Instrument für abhängig Beschäftigte in Klassenkämpfen gewesen. In unterschiedlichen Kontexten hat sie Arbeitszeitreduktion bei gleichzeitiger Lohnsteigerungen erwirkt (Deutschland), Dynastien sozial-demokratischer Regierungen hervorgebracht (Schweden) und zu eigenen Parteigründungen geführt (Großbritannien) – wenn sie auch in den USA von mafiösen Strukturen unterwandert und für diese Zwecke genutzt wurde. Nicht überraschend versuchten daher neoliberale Regierungen, Gewerkschaften zu torpedieren und zerschlagen. Aufgrund dieser kulturellen Spezifität unterscheidet sich gewerkschaftliche Arbeit in Deutschland teilweise eklatant von gewerkschaftlicher Arbeit in Großbritannien, USA oder Schweden, geschweige denn in Ländern des Globalen Südens. Im Folgenden soll es schwerpunktmäßig um Gewerkschaften in Deutschland gehen, erweitert jedoch mit Beispielen gewerkschaftlicher Praxis aus anderen Ländern.

### 2. Mangelnde Solidarität und die ökologischen Krisen

Im vorigen Abschnitt wurden den reformerischen Erfolgen der deutschen Gewerkschaften wie die Verringerung der Erwerbsarbeitszeit und die Erhöhung der Reallöhne einige Themenfelder gegenübergestellt, die nicht ausreichend im Fokus der Gewerkschaften standen, z.B. die Einbettung junger und weiblicher Menschen in die Gewerkschaftsarbeit, der Wandel von Industrie zu Dienstleistungen oder die Verknüpfung von sozialen und ökologischen Themen. In diesem Kapitel sollen dazu symptomatisch einige Aspekte aufgegriffen und mit konkreten Situationen der letzten Jahre unterlegt werden.

2) Vergleichszahlen aus dem Jahr 2013: Schweden 68 %, Großbritannien 26 %, Deutschland 18 %

## 2.1. Solidarität der Gewerkschaften

### 2.1.1. Tarifeinheitgesetz der Bundesregierung

Zwischen September 2014 und Juli 2015 erschütterte eine Serie von Streiks das Land, die das öffentliche Leben und die Wirtschaft drohte zum Erliegen zu bringen, glaubte man zumindest den Zeitungsberichten dieser Wochen. Es wurde von "Hinhaltetaktik und Geiselnahme" berichtet, von einer "auf die Barrikaden" gehenden Gewerkschaft und ihr Vorsitzender als "meistgehasster Deutscher" mit untragbarem Lebensstil bezeichnet (FNP, 2015; Focus Online, 2015; Handelsblatt, 2015). Was war geschehen? Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) maßte sich tatsächlich an, ihr im Grundgesetz verankertes Recht auf Arbeitsniederlegung wahrzunehmen, und zwar nicht um die üblichen 1 bis 2 % Gehaltserhöhung zu fordern, sondern 5 % mehr Gehalt verbunden mit Arbeitszeitreduktion um eine Stunde pro Woche, Überstundensenkung und besseren Ruhe-tagsregelungen für das gesamte in ihr organisierte Zugpersonal (GDL, 2015). Über 100 lähmende Stunden dauerten die längsten Streiks der Bahngeschichte teilweise an und betrafen sowohl Güter- als auch Personennahverkehr.

Die konkurrierende Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und der DGB übten harsche Kritik an Vorgehensweise und Vehemenz der GDL. Insbesondere der Anspruch der GDL, neben den Lokführern auch anderes Bahnpersonal wie Servicekräfte vertreten zu wollen, wurde von der EVG heftig kritisiert. Die Forderung: Es solle betriebsintern nicht mehr möglich sein, aus mehreren Gewerkschaften die eigene Vertretung auszuwählen. Stattdessen solle der Tarifvertrag der größeren Gewerkschaft gelten. Ein entsprechender Gesetzesentwurf zur Tarifeinheit wurde im Oktober 2014 von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) vorgelegt und trat im Juli 2015 in Kraft. Im Anschluss wurden von unterschiedlichen Gruppen und Personen Verfassungsbeschwerden eingereicht, weil das Gesetz unverhältnismäßig sei, die Koalitionsfreiheit einschränke und das Recht, effektiv wirksame Tarifverträge abzuschließen, beeinträchtige (Bundesverfassungsgericht, 2016). Insbesondere Nischengewerkschaften wie die GDL wären von der Existenz bedroht, weil sie in Betrieben oftmals weniger Mitglieder vertreten als größere Gewerkschaften, daher keine wirksamen Tarifverträge abschließen könnten und schließlich Mitglieder verlören. Das Bundesverfassungsgericht hielt das Gesetz für verfassungskonform, verordnete jedoch Nachbesserungen, um Nischengewerkschaften zu stärken. Gleichzeitig wurde deren Streikrecht betont, auch wenn ihr Tarifvertrag nicht zur Geltung kommen würde (Boewe, 2017).

### 2.1.2. Arbeitsreform "Loi travail" in Frankreich

Mit diesen Problemen der deutschen Gewerkschaften im Hinterkopf erstaunt der Schulterchluss bei der geplanten Arbeitsreform "Loi travail" in Frankreich.

Diese wurde im Februar 2016 dem Parlament vorgestellt und im August 2016 als Gesetz verabschiedet. Inhaltlich erzeugt das Gesetz eine "Flexibilisierung" der Arbeit, bei der Unternehmen die Arbeitszeit mit geringerer Bezahlung erhöhen können, gegenüber Abfindungszahlungen besser abgesichert sind und einfachere Kündigungsbedingungen vorfinden (Ruitenberg, 2016). Weniger als drei Wochen nach seiner Vorstellung im Parlament unterzeichneten mehr als eine Million Menschen eine Onlinepetition bei change.org gegen das Gesetz – mit Abstand mehr als bei jeder anderen französischen Petition (Davis, 2016). Gemeinsam riefen nahezu ein Dutzend französische Gewerkschaften zu Demonstrationen und Streiks auf.

In Deutschland flankierten die Gewerkschaften diesen Kampf mit Solidaritätsbekundungen. Laut dem DGB Bezirk Hessen-Thüringen "müssen Protestbewegungen mit Unterstützung der deutschen Gewerkschaften auf Deutschland ausgeweitet werden, in das Ursprungsland, das für die wirtschaftliche Misere in Europa nachweislich die Verantwortung trägt" (DGB, 2016). In einer Resolution vom Ver.di-Gewerkschaftsrat hieß es: "Ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf alle!" (Brandt, 2016). Von der DGB-Jugend wurden mit jungen Gewerkschaftsmitgliedern und Aktivisten aus der Ökologiebewegung und Migrantensolidarität vor allem historisch gewerkschaftsferne Menschen im Zentrum des Protests verortet (Schmid, 2016).

Mit ihren Solidaritätsbekundungen und weitgehenden Forderungen vertraten die großen deutschen Gewerkschaften plötzlich die gleichen Positionen wie LabourNet Germany, das Internationale Komitee der Vierten Internationalen oder linksunten indymedia, die üblicherweise als *sozialistisch*, *linksradikal* oder *gewaltbereite Chaoten* diskreditiert werden. Die Gründe für diese ungewöhnliche Allianz mögen in der Radikalität des französischen Gesetzes und den Einschnitten in die Rechte abhängig Beschäftigter liegen. Nicht zufällig wurde das Gesetz nicht wie üblich im französischen Parlament debattiert, sondern per Verfassungstrick von der Regierung Valls durchgewinkt (Schmid, 2016). Dennoch stellt sich die Frage, weswegen Solidarität international und verbal so einfach und weitreichend möglich ist, doch innerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereichs so schwierig wird.

## 2.2. IG BCE und das Klimacamp

Ist das schon Apokalypse oder einfach nur ein Braunkohletagebau? In Garzweiler II zeugen 48 km<sup>2</sup>, so groß ist die Fläche des Tagebaufeldes, und 7.600 Menschen, die umgesiedelt werden müssen (BUND NRW, 2015, S. 5) von einer Energiepolitik ohne Weit-sicht, die sich nicht durch die Begrenztheit der Ressourcen und Klimasorgen einschränken lässt, auch wenn der Braunkohleabbau seit Jahren stark umstritten ist – selbst im Landtag von NRW. Sogar im Vergleich zu Öl und Erdgas, beide nicht wirklich als kli-

mafreundlich bekannt, ist Braunkohle ein besonders klimaschädlicher Brennstoff (Dones, Heck, & Hirschberg, 2004). Hochrechnungen zufolge müssten neben 33 % der Öl- und 50 % der Gasreserven auch 80 % der weltweiten Kohlereserven ungenutzt im Boden verbleiben, damit die global gemittelte bodennahe Temperatur um weniger als 2 °C ansteige (McGlade & Ekins, 2015). Geschehe dies nicht, würden sogenannte Kippunkte überschritten, die unwiderrufliche Prozesse wie das Abschmelzen des Grönlandeis in Gang setzen.

Vor diesem Hintergrund fand im August 2015 ein Klimacamp im Rheinland nahe Erkelenz statt, das Garzweiler II als einen der klimaschädlichsten Orte Europas kritisierte. Über 1.000 Menschen betreten in einem Akt zivilen Ungehorsams unter dem Motto "Ende Gelände" den privatwirtschaftlich von der RWE AG betriebenen Tagebau und legten ihn damit für einen Tag still. Auf dem Klimacamp fand eine Podiumsdiskussion mit einem Mitglied der zuständigen Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) statt. Der Podiumsdiskutant vertrat die Position, jeder Arbeitsplatz in Deutschland müsse geschützt und verteidigt werden, auch die Arbeitsplätze des Bergbaus, und Gewerkschaften stünden in der Pflicht, gegen die Aktion *Ende Gelände* zu mobilisieren. Tatsächlich kam es zu einer engen medial stark kritisierten Zusammenarbeit zwischen Werkschutz und Polizei (Gego, 2015). Ein Jahr später fand in der Lausitz eine Demonstration gegen das dort stattfindende Klimacamp mit ähnlichen Positionen statt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Uli Freese bspw. schrieb: "Ich habe mit meiner kurzen Ansprache heute Abend klar und deutlich gemacht, auf welcher Seite ich stehe: Auf der richtigen Seite! Auf der Seite der Menschen, die hier Leben und Arbeit haben!" (Freese, 2016).

Diese Begebenheiten offenbaren einen klaren Widerspruch zwischen dem direkten, sozialen Auftrag der Gewerkschaften, die Interessen abhängig Beschäftigter zu vertreten, und dem weiter gefassten sozialen und ökologischen Auftrag, für eine lebenswerte und langfristige Perspektive einzustehen. Zugespitzt steht der kurzfristigen Rettung ökologisch schädlicher Arbeitsplätze eine langfristige Verschlechterung der Lebensbedingungen gegenüber. Diese Qualität von Arbeitsplätzen wird jedoch von dem Sprecher der IG BCE auf dem Klimacamp im Rheinland nicht gesehen. An diesem Beispiel, welches problemlos auch auf die IG Metall im Automobilsektor oder die Gewerkschaften Cockpit und UFO im Flugverkehr übertragen werden kann, wird das Spannungsfeld deutlich, in dem die Gewerkschaften sich sehen: Bessere Lebensbedingungen ohne Ökologie anstatt bessere Lebensbedingungen mit Ökologie. Ganz anders bei der gemeinsam geplanten Veranstaltungsreihe "Perspektivwechsel" der BUNDjugend und Ver.di-Jugend, bei der über die Zukunftsaussichten der Arbeit diskutiert wird (vgl. Aljets & Pinnow, 2017).

## 2.3. Und jetzt?

Drei sehr unterschiedliche Kontexte offenbaren Konflikte innerhalb der deutschen Gewerkschaftslandschaft. Was international und abstrakt eint, bleibt innerstaatlich und konkret getrennt. Sogar gewohnte und verbreitete Schwerpunktthemen der Gewerkschaften wie der Kampf gegen die sich ausbreitende Leiharbeit werden durch die Gewerkschaftsbewegung(en) vernachlässigt. Am 19. April 2017 einigten sich der Arbeitgeberverband Gesamtmetall und die IG Metall auf die Ausweitung der Leiharbeit von gesetzlich festgelegten 18 auf 48 Monate (Heitmann, 2017). Schwer nachvollziehbar für Beobachterinnen, die sich noch an das gewerkschaftliche Ziel der gleichberechtigten Teilhabe im Sinne der Wirtschaftsdemokratisierung erinnern. Wolfgang Streeck konstatiert in seiner Analyse deutscher Gewerkschaften seit 1960:

*"Gewerkschaften mit ihrer alternden Mitgliedschaft laufen heute Gefahr, zu Verteidigern eines industriellen Beschäftigungs- und sozialen Sicherungssystems zu werden, das den Bedürfnissen des wachsenden postindustriellen Sektors von Wirtschaft und Gesellschaft nicht gerecht wird. Neben ihrem Mangel an Attraktivität für die Gewinner des Strukturwandels in den hoch qualifizierten und überwiegend von Frauen besetzten Bereichen des Arbeitsmarktes haben Gewerkschaften heute mit erheblichen Schwierigkeiten bei der Organisierung der sich herausbildenden neuen Unterschicht von schlecht bezahlten Arbeitskräften im Dienstleistungsbereich zu kämpfen, von denen viele Immigranten sind, deren Zahl in den entwickelten Gesellschaften Westeuropas weiterhin steigen wird."* (Streeck, 2014, S. 120)

Dem ist wohl wenig hinzuzufügen. Außer selbstverständlich die lang erhoffte Antwort vom Degrowth auf die multiplen Krisen der Gewerkschaften, eingeleitet durch Klaus Schönhoven:

*"Vorankommen werden die im DGB zusammengeschlossenen Verbände nur, wenn sie sich nicht mehr auf der nostalgischen Suche nach der verlorenen Zeit verzetteln, sondern sich stärker für Berufsgruppen öffnen, die nicht zur klassischen Kernklientel der alten Arbeiterbewegung gehören, und wenn sie neue Strategien und programmatische Optionen entwickeln, die über die Verteidigung des Status quo hinausgehen."* (Schönhoven, 2014, S. 80)

## 3. Erneuerung durch Widerspruch

### 3.1. Dekolonialisierung des Vorstellungsraums

Als Vertreter der "culturalist tradition" ist Serge Latouche besonders im französischen Kontext aber auch international einer der bekanntesten Degrowth-Autoren (Schneider, Kallis, & Martínez-Alier, 2010). Nach seiner prägnanten Kritik des Kultur-zerstörenden, westlichen Uniformismus (Latouche, 1996) schrieb er mit *Farewell to Growth* eines der ersten kohärenten Werke über Degrowth<sup>3</sup> (Latouche, 2009). Unter Berufung auf den griechischen Philosophen und Psycho-

analytiker Cornélius Castoriadis entwickelte er schließlich das Konzept der "(De)Kolonialisierung des Vorstellungsraumes" (Latouche, 2015; vgl. auch Castoriadis, 1987). Demnach werden die Ideen und Möglichkeiten einer Gesellschaft, sozusagen ihr kulturelles Vorstellungsvermögen, durch bestimmte Strömungen dominiert. Die Gleichsetzung von Wohlstand und Wachstum oder Fortschritt und Industrialisierung sind Beispiele, genauso wie die Vorstellung, durch Antiviren-Software einen Computer effektiv zu schützen. Als Resultat sei es schwer möglich, Wohlstand in einer nicht-wachsenden Gesellschaft, Fortschritt ohne technische Neuerungen oder Sicherheit ohne Antiviren-Software zu denken. Denselben Zusammenhang hat Jason Stanley über die *free market ideology* und ihre Korruption des demokratischen Vokabulars festgestellt (Stanley, 2016). Auch hier würden Konzepte wie Freiheit umdefiniert und inhaltlich ausgehöhlt. Dieser Prozess entspreche einer "freiwilligen Knechtschaft", deren Umkehr einer "Kulturrevolution" gleichkomme (Latouche, 2015, S. 119). Dennoch führten diese Begrenzungen im Denken zu Begrenzungen im Handeln und Verhalten. Wer hat schließlich keine Antiviren-Software?

Damit wendet sich Latouche entschieden gegen Francis Fukuyamas proklamiertes "Ende der Geschichte" und die im deutschen Politikdiskurs weit verbreitete Alternativlosigkeit. *Politik* bedeutet für Erik Swynge-douw "Machtspiele zwischen politischen Akteurinnen und die tagtäglichen Choreografien von Verhandeln, Formulieren und Implementieren von Regeln und Praktiken innerhalb einer vorgegebenen institutionellen und verfahrenstechnischen Konfiguration, in der Individuen und Gruppen ihre Interessen verfolgen", was *dem Politischen* gegenübergestellt wird, "das umkämpfte öffentliche Terrain, wo unterschiedliche imaginäre Vorstellungen möglicher sozioökologischer Systeme mit der symbolischen und materiellen Institutionalisierung dieser Visionen konkurrieren" (Swynge-douw, 2016, S. 118). Er fährt fort:

*"Als gesellschaftliche Steuerung steht die Politik in starkem Gegensatz zum Politischen als der Sphäre kämpferischer Debatten und Auseinandersetzungen über die Lebensräume, die wir bewohnen wollen, und darüber, wie wir sie herstellen können. Erstere tendiert dazu, Gegensätze zuzudecken, zu leugnen oder auszuschließen. Dieser Prozess ist gekennzeichnet durch eine Kolonisierung des Politischen seitens der Politik oder die Sublimierung des Politischen, indem man es durch 'Gemeinschaft' (als imaginierter ungeteilter Einheit), eine spezielle soziologische Imagination von 'Volk' (als Nation, ethnische Gruppe oder einer anderen sozialen Kategorie), 'Organisation', 'Verwaltung' oder 'verantwortungsbewusste Regierung' ersetzt." (Swynge-douw, 2016, S. 119)*

An die Stelle der Politik als interessensgeleiteter, machtdurchdringender Prozess solle wieder das Politische als öffentlicher Raum zum gegenseitigen Austausch treten, das stark an die *Vita Activa* des Handelns bei Hannah Arendt erinnert (Arendt, 1996 [1960]). Dekolonialisierung bedeute ebenfalls, Einheitsdiskurse und Vorstellungen wie die neoklassische Dominanz in den Wirtschaftswissenschaften oder die kognitive Verhaltenstherapie in Psychologie und Psychiatrie durch pluralistische, kritische und alternativreiche Diskurse zu ersetzen. Nicht umsonst sind Latouches Konzept und Swynge-douws Anwendung im Buch *Degrowth: A Vocabulary for a New Era* erschienen, welches ein neues Vokabular und alternative Gedankengänge in den Diskurs um Wohlstand, Entwicklung, Wachstum, Arbeit, etc. einbringen möchte (D'Alisa, Demaria, & Kallis, 2015). Hierzu passend sind die einleitenden Worte des Buches gewählt:

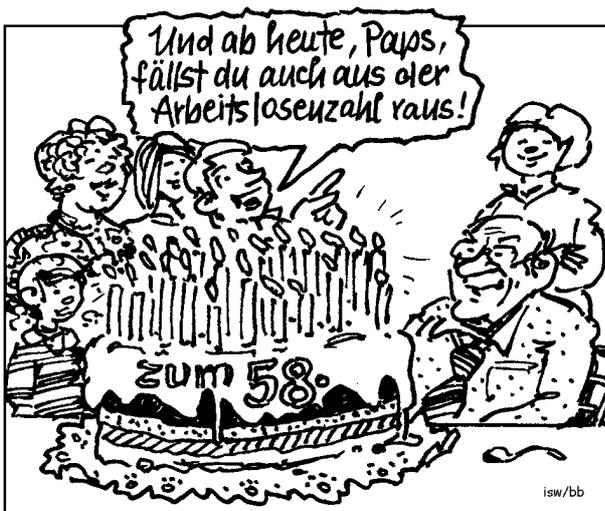
*"Degrowth ist die Ablehnung der Wachstumsillusion und die Forderung, die öffentliche Debatte zu repolitisieren, die vom Idiom des Ökonomismus kolonialisiert wurde. Es ist ein Projekt, das für die demokratisch geleitete Schrumpfung von Produktion und Konsumption plädiert, mit dem Ziel, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit herzustellen."<sup>4</sup> (D'Alisa et al., 2015)*

### 3.1.1. Arbeitslosigkeit

"Der Arbeitsmarkt in Deutschland entwickelt sich weiter günstig. Die Zahl der Jobsuchenden sinkt deutlicher als sonst in einem März – auf knapp 2,6 Millionen" (Tagesschau, 2017). So oder so ähnlich werden allmonatlich die jeweils aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zu Arbeitslosigkeit in deutschen Leitmedien präsentiert. Doch stellen sie eine massive Verkürzung und inadäquate Repräsentation der Realität dar. "Wer zum Beispiel älter ist als 58 Jahre und ein Jahr lang keine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit angeboten bekommen hat, fällt einfach aus der Statistik heraus, genauso wie Arbeitslose in Weiterbildung oder sogenannte Ein-Euro-Jobber" (Bontrup, 2014b). Laut Heinz-Josef Bontrup liege die Anzahl der Arbeitslosen in Deutschland nicht bei den offiziellen 2,8 Millionen, sondern de facto bei 3,6 Millionen, was eine suboptimale Wirtschaft mit Massenarbeitslosigkeit bedeute und einem Systemversagen gleichkomme (Bontrup, 2014a). Zusätzlich werden in dieser Darstellung nicht-marktvermittelte Tätigkeiten von Arbeitslosen wie Kindererziehung, Ehrenamt oder Haushaltsarbeit als unproduktiv deklariert und ausgeklammert. Hier wurde demnach der Diskurs um Arbeit(slosigkeit) durch die dominante Sicht der Erwerbsarbeit und die Fokussierung auf ein "Normalarbeitsverhältnis" kolonialisiert (s. auch "Arbeit" in diesem Heft).

3) Tim Jackson veröffentlichte im gleichen Jahr sein Buch *Prosperity without Growth*, das jedoch im englischsprachigen Diskurs dem post-growth zugerechnet wird (Jackson, 2009).

4) Eigene Übersetzung aus dem Englischen



### 3.2. Forderungen

Trotz vielfältiger, drängender und gewerkschaftlich bekannter Themen im Arbeitskontext wie Digitalisierung, Rente der Baby Boomer, Entwertung des Handwerks durch Studium, Burnout und Boreout, etc. scheinen gewerkschaftliche Herangehensweisen und Lösungsansätze zu kurz gegriffen. So wird bspw. die von der IG BCE erreichte "langfristige Verkürzung der Arbeitszeit um 90 Minuten" für 30.500 abhängig Beschäftigte in der ostdeutschen Chemie-Industrie vom DGB gefeiert, wenn eine Debatte über die Verkürzung um 20 Stunden geführt werden müsste (DGB, 2017). Die Begriffe *Umwelt* und *Natur* sucht man in der Liste von 11 Schwerpunktthemen bei Ver.di vergeblich (Ver.di, 2017). Die Rubrik *Politik & Wirtschaft* spricht zwar von einer möglichen Umkehrung von Umweltbelastungen, bleibt aber vage in ihrer Ausgestaltung. So könnte kritisch angemerkt werden, dass Emissionszertifikate, CSR-Kampagnen (Corporate Social Responsibility) und der "business case for sustainability" das Thema Nachhaltigkeit durch neoliberale Einflüsse kolonialisiert haben (Banerjee, 2008; Spash, 2010). Eine Fokussierung auf *diese* Lösungsstrategien sei demnach nicht zielführend. Ähnlich wie Degrowth als "Repolitisierung der Nachhaltigkeit" bezeichnet wird (Asara et al., 2015), könnte Degrowth zu einer "Repolitisierung der Gewerkschaften" beitragen.

Zunächst lohnt es sich, das Leitbild der Wirtschaftsdemokratisierung wieder stärker im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Zielvorstellungen zu verankern (Bontrup & Müller, 2006; Urban, 2015). Besonders heutzutage in einem seit Jahrzehnten nicht mehr gekannten Zustand ökonomischer Ungleichheit ist die ökonomische und politische Teilhabe exklusiv, lokal wie global (Oxfam, 2017). Weite Schichten der Gesellschaft fühlen sich nicht repräsentiert, nicht zugehörig und suchen nach Halt in engstirnigen, ausgrenzenden und populistischen Parolen. Gewerkschaften haben diesem Sog von rechts bisher wenig entgegengesetzt, wirken innovationsarm und wären doch so sehr in der Pflicht und Position, Alternativen und Par-

tizipationsmöglichkeiten in Aussicht zu stellen. Wo Chancen entstehen, aktiv die eigene Ideologie und den Wirkungsraum auszubauen und mit neuen Mitgliedern zu stärken, wird bislang allenfalls reaktiv gegen rechts gewettet und organisiert. Nun ist eine solche Mobilisierung vielerorts sicherlich wirkungsvoll und notwendig, doch könnten Gewerkschaften effektiver mit der Situation umgehen und den abstrakten Ängsten so vieler Menschen konkrete Gestaltungsmöglichkeiten und Teilhabe präsentieren. Damit wäre nicht nur den abhängig Beschäftigten, sondern auch so vielen unter Fremdenhass leidenden Mitgliedern und Newcomern der Gesellschaft geholfen. Deutlich wird diese visionslose Strategie an der 32-köpfigen Expertinnenkommission, die von der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema "Arbeit transformieren!" eingesetzt wurde. Das Thema Wirtschaftsdemokratie wird in ihrem 250-seitigen Bericht lediglich mit Anführungszeichen angesprochen und bleibt weit hinter der Zentralität in gewerkschaftlichen Debatten der Vergangenheit zurück (Jürgens, Hoffmann, & Schildmann, 2017).

Mit Aussagen wie "[...] trotz der günstigen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt bleibt ein erhebliches Potenzial an Arbeitskräften ungenutzt" offenbart die Expertinnenkommission ihr verkürztes Bild auf Arbeit(slosigkeit) und den Wunsch, den Arbeitsmarkt möglichst weit auszudehnen (Jürgens et al., 2017, S. 22). Damit steht sie im Widerspruch zu den meisten im Degrowth formulierten Forderungen, die Kritik an der Rolle der Arbeit in der Gesellschaft äußern sowie die Erweiterung des Arbeitsbegriffs und die damit verbundene Öffnung gegenüber vernachlässigten Gruppen fordern. Gleichzeitig zeigt sich die Expertinnenkommission anschlussfähig, wenn sie für ein plurales Leitbild der Arbeit einsteht und das alternativlose Normalarbeitsverhältnis kritisiert.

### 4. Visionen

Detaillierte Ausführungen über Arbeit im Postwachstum finden sich im zweiten Kapitel dieses Heftes, daher genügen an dieser Stelle ein paar Schlagworte, die als Visionen für Gewerkschaften dienen können:

- Reduzierung der wöchentlichen Erwerbsarbeitszeit auf 20 Wochenstunden;
- Förderung nachhaltiger Konsummuster verbunden mit nachhaltigen Produktionsweisen;
- Entprivatisierung und Vergesellschaftung wichtiger Güter und Wirtschaftszweige (Dekommodifizierung);
- Rückdrängen der Märkte allgemein und Förderung nicht-marktlichen Austausches wie Allgegenstände (Commons);
- Gleichstellung der Nicht-Erwerbsarbeit mit der Erwerbsarbeit.

Diese Ziele sind sicherlich idealistisch und visionsgetrieben, eröffnen aber neue Perspektiven für gewerkschaftliches Handeln. Der Kooperation zwischen den Jugendorganisationen von BUND und Ver.di könnten weitere Dialoge mit Akteurinnen der Degrowth-Szene

folgen. So erschien bspw. 2017 der Sammelband *Degrowth in Bewegung(en)* über 32 praktische, alternative Ansätze, die soziale und ökologische Themen gemeinsam denken. Im Kapitel zu Gewerkschaften heißt es:

*"Die Degrowth-Perspektive kann gewerkschaftliche Akteurinnen dazu anregen, die Frage des Verständnisses der Interessenvertretung neu aufzuwerfen: Verstehen sich Gewerkschaften als Akteurinnen, die für einen sozial-ökologischen Umbau in einem weitreichenden Sinne eintritt? Ein solches Verständnis würde auch Allianzen mit sozialen Bewegungen einschließen."* (Flemming & Reuter, 2017, S. 194)

Jana Flemming und Norbert Reuter nennen aus sozial-reformerischer Perspektive einige Beispiele gelungener Kooperation von Gewerkschaften und ökologischen Akteurinnen. Diese sind sehr anschlussfähig für das Gros heutiger gewerkschaftlicher Tätigkeit und eröffnen neue Perspektiven der Zusammenarbeit. Ähnlich präsentiert sich die *Zivile Enquete Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität* mit ihren Impulsen zu Politikmaßnahmen und Kommunikationsstrategien, die durch gewerkschaftliche Beteiligung wohl nur gestärkt werden können (Boschmann et al., 2017).

Kritische Positionen interpretieren besonders große Gewerkschaften als potentiell einflussreiche, doch träge Akteurinnen des nötigen Wandels. Hier generieren die anarchistisch geprägten Bewegungen Frankreichs und Spaniens Beispiele für gelungenen Einfluss und Kooperation. Die autonome spanische 15M-Bewegung bspw. kritisierte die großen Gewerkschaften CCOO und UGT für ihre Trägheit und ihre Rolle in der Aufrechterhaltung des ausbeuterischen Status quo, woraufhin diese 2010 schließlich zum Generalstreik aufrufen (Nus, 2017). Die französische Confédération Nationale du Travail (CNT) hat sich aus ökologischen Überlegungen den Idealen des Degrowth verschrieben und auch die spanische Confederación General de Trabajo (CGT) verfolgt dieses revolutionäre Vorgehen (Bayon, 2015). Die autonome und anarchistische Ideologie ist anschlussfähig an das dezentrale Degrowth-Projekt, könnte jedoch die Übertragung auf den Kontext deutscher Gewerkschaften erschweren. Nichtsdestotrotz zeigen die Beispiele die Möglichkeit der Öffnung von Gewerkschaften zu radikaleren Positionen des Degrowth. Als wichtiger politischer Akteurinnen können Gewerkschaften vielfältige Stakeholder vernetzen und Erwerbsarbeitssuchenden sowie Commoners Anknüpfungspunkte in Aussicht stellen. Ein solches Vorgehen würde gewerkschaftliche Arbeit verändern. Doch genau das ist vonnöten, glaubt man den oben zitierten Wolfgang Streeck und Klaus Schönhoven. Degrowth zeigt damit eine Perspektive, wie sich Gewerkschaften repolitisieren und zu Vorreiterinnen einer sozial-ökologischen Transformation werden können, die diesen Namen verdient hat – zum Wohle heutiger und zukünftiger Generationen mit und ohne Erwerbsarbeit.

## Literaturliste

- Ajts, J., & Pinnow, A. (2017). *Perspektivwechsel #2: Wie wollen wir in Zukunft arbeiten? Perspektivwechsel*. Retrieved 10.05.2017, from <https://www.bundjugend.de/termin/perspektivwechsel-2-wie-wollen-wir-in-zukunft-arbeiten/>
- Arendt, H. (1996 [1960]). *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München: Piper.
- Asara, V., Otero, I., Demaria, F., & Corbera, E. (2015). Socially sustainable degrowth as a social-ecological transformation: Repoliticizing sustainability. *Sustainability Science*, 10(3), 375-384.
- Banerjee, S. B. (2008). Corporate social responsibility: The good, the bad and the ugly. *Critical Sociology*, 34(1), 51-79.
- Bayon, D. (2015). Unions. In G. D'Alisa, F. Demaria & G. Kallis (Eds.), *Degrowth: A vocabulary for a new era* (pp. 189-191). Oxon, UK & New York, USA: Routledge.
- Behrens, M., & Pekarek, A. H. (2016). *Umkämpfte Einheit: Neue und alte Muster der Lagerbildung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung*. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 26(2), 117-134.
- Boewe, J. (2017, 13. Juli). *Tarifeinheit bleibt, Streikrecht auch*. Der Freitag. Retrieved 16.07.2017, from <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/tarifeinheit-bleibt-streikrecht-auch>
- Bontrup, H.-J. (2014a, September). *Flassbeck/Spiecker-Erweiterung, die Zweite: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist notwendig! Debatte um Arbeitszeitverkürzung zwischen Bontrup, Flassbeck und Spiecker*. Retrieved 12.5.2017, from <http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2014/09/Replik-2.pdf>
- Bontrup, H.-J. (2014b, 10. September). *"Wenn ich das vorrechne, sind alle erstaunt"*. der Freitag. Retrieved 12.5.2017, from <https://www.freitag.de/autoren/felix-werdermann/wenn-ich-das-vorrechne-sind-alle-erstaunt>
- Bontrup, H.-J., & Müller, J. (2006). *Wirtschaftsdemokratie: Alternative zum Shareholder-Kapitalismus*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Boschmann, M., Eick, M., Hanke, G., Hofmann, E., Holz, J., Humberg, A., Ott, H. (2017). *Postwachstumspolitik. Wohlstand und Lebensqualität für alle. Fokus Wachstumswende*. Berlin: Förderverein Wachstumswende.
- Brandt, M. (2016, 28. Juni). *Resolution zu den Protesten gegen die Arbeitsmarktreform in Frankreich*. Gewerkschaftsrat von Ver.di. Retrieved 10.5.2017, from [http://www.baso-news.de/Baso/Prags/cmsimplektiv/?Verdi-Resolution:Seite\\_an\\_Seite\\_mit\\_franzoesischen\\_Kaempfernden&realblogaction=view&realblogID=534&page=1](http://www.baso-news.de/Baso/Prags/cmsimplektiv/?Verdi-Resolution:Seite_an_Seite_mit_franzoesischen_Kaempfernden&realblogaction=view&realblogID=534&page=1)
- BUND NRW. (2015). *Braunkohle im Rheinland. Das Beispiel Garzweiler II*. In D. Jansen (Ed.). Düsseldorf: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland LV NRW e.V.
- Bundesverfassungsgericht. (2016, 28. Dezember). *Ergänzende Informationen und Verhandlungsgliederung in Sachen "Tarifeinheitgesetz"*. Pressemitteilung Nr. 100/2016. Retrieved 10.5.2017, from <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/bvg16-100.html>
- Castoriadis, C. (1987). *The imaginary institution of society*. Cambridge: Polity Press.
- D'Alisa, G., Demaria, F., & Kallis, G. (2015). *Degrowth: A vocabulary for a new era*. Oxon, UK & New York, USA: Routledge.
- Davis, A. (2016, 5. März). *Online petition against French labour reform hits million-signature record*. France 24. Retrieved 10.05.2017, from <http://www.france24.com/en/20160305-france-labor-reform-petition-hits-million-signatures>
- DGB. (2016, 3. Mai). *Resolution des DGB gegen die Arbeitsmarktformen in Frankreich*. DGB Bezirk Hessen-Thüringen. Retrieved 10.05.2017, from <http://suedhessen.dgb.de/presse/++co++69aea8c0-110d-11e6-9204-52540023ef1a>
- DGB. (2017, 9. Mai). *Manteltarifvertrag Chemie-Ost: Arbeitszeitverkürzung um 90 Minuten*. Deutscher Gewerkschaftsbund. Retrieved 13.5.2017, from <http://www.dgb.de/themen/++co++e46c65ac-3560-11e7-a5d9-525400e5a74a>
- Dones, R., Heck, T., & Hirschberg, S. (2004). *Greenhouse gas emissions from energy systems: Comparison and overview*. Encyclopedia of Energy, 3, 77-95.
- Dörre, K. (2011). *Funktionswandel der Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisation*. In T. Haipeter & K. Dörre (Eds.), *Gewerkschaftliche Modernisierung* (pp. 267-302). Wiesbaden: VS Verlag.
- Flemming, J., & Reuter, N. (2017). *Gewerkschaften. Wer kann es sich leisten, zu verzichten?* In Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Eds.), *Degrowth in Bewegung(en)*. 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation (pp. 188-199). München: oekom verlag.
- FNP. (2015, 1. Juli). *Bahnstreik 2015*. Frankfurter Neue Presse. Retrieved 6.5.2017, from <http://www.fnp.de/themen/bahnstreik-2015/>
- Focus Online. (2015, 15. April). *Weselskys Altbau-Fassade: So versteckt lebt Deutschlands oberster Streikführer*. Focus Online. Retrieved 10.5.2017, from [http://www.focus.de/finanzen/news/unternehmen/so-lebt-der-gdl-chef-claus-weselsky-der-streikfuehrer-hinter-der-schicken-altbau-fassade\\_id\\_4218134.html](http://www.focus.de/finanzen/news/unternehmen/so-lebt-der-gdl-chef-claus-weselsky-der-streikfuehrer-hinter-der-schicken-altbau-fassade_id_4218134.html)

- Freese, U. (2016, 14. Mai). Friedlicher Protest gegen Kohlegegner am Kraftwerk Schwarze Pumpe. Retrieved 10.5.2017, from <http://www.uli-free-se.de/index.php/8-neuigkeiten/477-friedlicher-protest-gegen-gewaltbereite-kohlegegner-am-kraftwerk-schwarze-pumpe>
- Fulcher, J. (2007). *Kapitalismus* (C. Rochow, Trans.). Stuttgart: Philipp Reclam jun.
- GDL. (2015, 20. April). Arbeitskampf bei der Deutschen Bahn im Personen- und Güterverkehr. Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer. Retrieved 6.5.2017, from <http://gdl.de/Aktuell-2015/Pressemitteilung-1429545427>
- Gego, M. (2015, 19. August). "Ende Gelände": Diskussionen über den Einsatz im Tagebau. Aachener Zeitung. Retrieved 10.5.2017, from <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/region/ende-gelaende-diskussionen-ueber-den-einsatz-im-tagebau-1.1160614>
- Handelsblatt. (2015, 21. Februar). Bahn signalisiert Schlichtung vor Streik. Handelsblatt. Retrieved 6.5.2017, from <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/drohender-streik-der-gdl-bahn-signalisiert-schlichtung-vor-streik/11404510.html>
- Heitmann, J. (2017, 22. April). Bis zu 48 Monate Leiharbeit sind künftig möglich. Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ). Retrieved 12.5.2017, from <http://www.haz.de/Nachrichten/Wirtschaft/Deutschland-Welt/Bis-zu-48-Monate-Leiharbeit-sind-kuenftig-moeglich>
- Jackson, T. (2009). *Prosperity without growth: Economics for a finite planet*. London: Earthscan.
- Jacobs, J. B. (2007). *Mobsters, unions, and feds: The mafia and the American labor movement*. New York: New York University Press.
- Jürgens, K., Hoffmann, R., & Schildmann, C. (2017). *Arbeit transformieren! Denkanstöße der Kommission "Arbeit der Zukunft"*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Latouche, S. (1996). *The westernization of the world: The significance, scope and limits of the drive towards global uniformity* (R. Morris, Trans.). Oxford, UK: Blackwell Publishers Ltd.
- Latouche, S. (2009). *Farewell to growth* (D. Macey, Trans.). Cambridge, UK: Polity.
- Latouche, S. (2015). Imaginary, decolonization of. In G. D'Alisa, F. Demaria & G. Kallis (Eds.), *Degrowth: A vocabulary of a new era* (pp. 117-120). Oxon, UK & New York, USA: Routledge.
- Marx, K., & Engels, F. (1848). *Manifest der Kommunistischen Partei*. London: Office der Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter.
- McGlade, C., & Ekins, P. (2015). The geographical distribution of fossil fuels unused when limiting global warming to 2 °C. *Nature*, 517, 187-190.
- Nus, E. (2017). 15M: Aus einer autonomen Perspektive - Strategien, Systemkritik und autonome Räume (I. Frey, Trans.). In *Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften* (Eds.), *Degrowth in Bewegung(en)*. 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation (pp. 20-33). München: oekom verlag.
- Oxfam. (2017). *An economy for the 99%*. Oxford, UK: Oxfam.
- Perschewski, R. (2011, 8. Januar). DGB-Programme: Vom Antikapitalismus zur Kooperation mit dem Klassegegner. *Theorie & Praxis*. Retrieved 23.4.2017, from <https://theoriepraxis.wordpress.com/2011/01/08/dgb-programme-vom-antikapitalismus-zur-kooperation-mit-dem-klassengegner/>
- Proctor, B. D., Semega, J. L., & Kollar, M. A. (2016). *Income and poverty in the United States: 2015. Report Number P60-256*. Washington D.C.: United States Census Bureau.
- Ruitenbergh, R. (2016, 9. August). France enacts contested labor law reform in bid to create jobs. Bloomberg. Retrieved 10.5.2017, from <https://www.bloomberg.com/news/articles/2016-08-09/france-enacts-contested-labor-law-reform-in-bid-to-create-jobs>
- Schmid, B. (2016). *Aufrecht durch die Nacht – die Gewerkschaften und die Nuit Debout*. *Soli aktuell*, 8-9.
- Schneider, F., Kallis, G., & Martínez-Alier, J. (2010). Crisis or opportunity? Economic degrowth for social equity and ecological sustainability. Introduction to this special issue. *Journal of Cleaner Production*, 18, 511-518.
- Schönhoven, K. (2014). Geschichte der deutschen Gewerkschaften: Phasen und Probleme. In W. Schroeder (Ed.), *Handbuch der Gewerkschaften in Deutschland* (2. ed., pp. 59-84). Wiesbaden: Springer VS.
- Schroeder, W., Kalass, V., & Greef, S. (2011). *Berufsgewerkschaften in der Offensive. Vom Wandel des deutschen Gewerkschaftsmodells*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Spash, C. L. (2010). The brave new world of carbon trading. *New Political Economy*, 15(2), 169-195.
- Stanley, J. (2016, 17. Mai). How free market ideology perverts the vocabulary of democracy. Aeon. Retrieved 30.05.2017, from <https://aeon.co/ideas/how-free-market-ideology-perverts-the-vocabulary-of-democracy>
- Streck, W. (2014). Gewerkschaften in Westeuropa. In W. Schroeder (Ed.), *Handbuch der Gewerkschaften in Deutschland* (2. ed., pp. 107-122). Wiesbaden: Springer VS.
- Swyngedouw, E. (2016). Entpolitisierung ("das Politische") (C. Hirsch & L. Kohlrusch, Trans.). In G. D'Alisa, F. Demaria & G. Kallis (Eds.), *Degrowth: Handbuch für eine neue Ära* (pp. 118-122). München: oekom verlag.
- Tagesschau. (2017, 31. März). Frühjahrsaufbruch am Arbeitsmarkt. Erwerbslosenzahl stark gesunken. Tagesschau. Retrieved 12.5.2017, from <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitslosenzahl-maerz-101.html>
- Urban, H.-J. (2015). Kapitalismus, Gewerkschaften und Sozialwissenschaften heute. Chancen für eine Kooperation in (wirtschafts-)demokratischer Absicht? In L. Pries, H.-J. Urban & M. Wannlöffel (Eds.), *Wissenschaft und Arbeitswelt - eine Kooperation im Wandel. Zum 40. Jubiläum des Kooperationsvertrags zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der IG Metall* (pp. 45-62). Baden Baden: Nomos.
- Ver.di. (2017, 13. Mai). Themen. Ver.di. Retrieved 13.5.2017, from <http://www.verdi.de/themen>
- Visser, J. (2016). *ICTWSS data base, version 5.1*. Amsterdam: Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS), University of Amsterdam.
- Wilkinson, R. D., & Pickett, K. (2010). *The spirit level: Why greater equality makes societies stronger* (2nd ed.). London: Penguin Books.